

**Abgeordneter Weber, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, warum ich der Einzige bin, der da ist heute morgen, kann ich natürlich jetzt nicht weiter bewerten, aber nichtsdestotrotz haben wir heute - ja, Herr Barth, Sie sind auch da, ich habe es gesehen - einen besonderen Tag in dieser mittlerweile mehr als 30 Jahre währenden Debatte zum Thema Atomausstieg. Heute wird im Bundesrat, so hoffen wir, endlich ein Ende an die Risikotechnologie Atomkraft gesetzt. Das bedeutet ein Ende von mehr als 30 Jahren Kampf engagierter Bürgerinnen und Bürger gegen diese Technologie. Ich will Ihnen auch aus persönlicher Sicht sagen, ich bin ja nun in direkter Nähe des Kraftwerkes Biblis geboren und aufgewachsen und die Auseinandersetzung mit dieser Risikotechnologie hat mich doch fast mein ganzes Leben beschäftigt, die engagierten Bürger, die sich eingesetzt haben, den Ausstieg zu erreichen. Ich freue mich besonders, dass wir heute im Bundesrat einen solchen Entschluss erwarten können. Umso mehr hat mich gefreut schon im Jahr 2001, dass die damalige Bundesregierung ein Ende gesetzt hat zum Thema Atomkraft, umso mehr war ich schockiert, als am 8. Dezember der Bundespräsident die erneute Verlängerung der Laufzeit - ich sehe gerade, der Kollege Adams ist jetzt auch da - unterschrieben und damit in Kraft gesetzt hat. Vor dem Hintergrund denke ich, dass wir nun endlich den endgültigen Ausstieg bekommen werden, dass wir endlich aus dieser Technologie aussteigen. Es freut mich besonders, dass wir in Thüringen eine entscheidende Rolle spielen in dieser Frage und dass wir eine klare Position der Regierungskoalition hier erreichen konnten.

Ich bin der antragstellenden Fraktion DIE LINKE dankbar für den Antrag, denn er hat dazu geführt, dass wir im Ausschuss, aber auch in den Kreisen der Koalition intensive Diskussionen zu diesem Thema hatten. Ich habe es eben schon gesagt, aus persönlichen Gründen bin ich in dieser Frage, ich gebe es zu, nicht neutral und auch nicht objektiv, sondern persönlich sehr engagiert. Das haben meine Kolleginnen und Kollegen von der Union auch erfahren müssen in dieser Diskussion. Aber nun haben wir eine klare Position und die findet sich wieder in dem Antrag, der ebenfalls vonseiten der Koalitionsfraktionen hier eingebracht wurde.

Ich glaube aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht sinnvoll ist, in dieser Frage sich gegenseitig - ich glaube, ich habe es in diesem Kreis schon einmal gesagt - mit Ausstiegsdaten zu unterbieten, sondern dass es viel wichtiger ist, dass wir die konkreten Schritte definieren, auf den Weg bringen, die den Umstieg ermöglichen und uns aktiv einbringen. Das sind Instrumente zur aktiven Bürgerbeteiligung in der Energiewende; das sind Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Speichertechnologien; dazu gehört, die Erhöhung der

Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern für Fragen des Netzausbaus, für Fragen der Produktion von erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Dazu gehört auch die Frage der Bezahlbarkeit von erneuerbaren Energien, weil es letztendlich auch - das hat auch die Fraktion DIE LINKE in einer Debatte hier im Hohen Haus deutlich gemacht - eine soziale Frage ist, diese Wende auf den Weg zu bringen. Deswegen müssen wir unsere Konzentration auf diejenigen Produzenten von erneuerbaren Energien konzentrieren, deren Grenzkosten am niedrigsten sind. Das sind nun mal die Energieträger Wind und Sonne.

Zum effektiven Ausstieg gehört auch ein nachhaltiger Mix aus zentralen und dezentralen Ansätzen. Das schaffen wir nicht mit exotischen Vorstellungen, sondern nur, wenn wir es schaffen, erneuerbare Energien zu einer Massenbewegung zu machen, wenn wir es schaffen, dass die Bürger überall in Thüringen die Möglichkeit haben, umzusteigen auf Strom aus erneuerbaren Quellen. Das ist leider immer noch nicht der Fall; immer noch nicht alle Stadtwerke in Thüringen haben zumindest ein Angebot an erneuerbarem Strom. Es gibt immer noch Stadtwerke, die keinen erneuerbaren Anteil vorhalten bzw. keinen reinen erneuerbaren Tarif anbieten. Deswegen ist es aus meiner Sicht auch sinnvoll, uns weiterhin und intensiv mit dieser Debatte und mit diesen Inhalten zu befassen. Die von uns im Antrag vorgeschlagene Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Kabinetts, die diesem Haus jährlich Bericht erstatten soll, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt.

Wir meinen das mit der Energiewende sehr ernst und ich hoffe, dass wir parteiübergreifend die notwendigen Schritte einleiten können und dass wir parteiübergreifend für die Akzeptanz von erneuerbaren Energien und für die notwendigen Schritte, die da hinführen, gemeinsam werben. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Herr Adams ist jetzt anwesend. Die Berichterstattung war durch die Innenausschuss-Sitzung, die sich im Vorfeld noch etwas verzögert hat, nicht möglich. Herr Adams wäre jetzt bereit, den Bericht aus dem Ausschuss vorzutragen. Bitte schön.

(Heiterkeit im Hause)

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst auch von meiner Seite eine kurze Entschuldigung, der Innenausschuss war noch

**(Abg. Adams)**

nicht fertig, Sie hatten begonnen, was vollkommen richtig ist.

Hier komme ich zur Berichterstattung zum Antrag „Atomausstieg beibehalten, keine Laufzeitverlängerung zulassen und Wende in der Energiepolitik einleiten“, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 5/1414, und Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 5/2557.

Der Antrag die Fraktion DIE LINKE „Atomausstieg beibehalten, keine Laufzeitverlängerung zulassen und Wende in der Energiepolitik einleiten“ vom 01.09.2010 mit der Drucksache 5/1414 wurde zusammen mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1464 am 09.09. in der 30. Plenarsitzung des Thüringer Landtags beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz sowie federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Technologie überwiesen.

Der Antrag sah zum einen ein Berichtersuchen und die Positionierung der Landesregierung im Bundesrat bezüglich des Atomausstiegs vor. Zum anderen wurde die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat für den bedingungslosen und schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien zu votieren. Im Rahmen des vorgelegten Änderungsantrags wurde die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat gegen eine Verrechnungsmöglichkeit der Stromkonzerne im Hinblick auf die Brennelementesteuer mit der Körperschaftsteuer einzusetzen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Technologie beriet in seiner 12. Sitzung am 2. November 2010, in seiner 13. Sitzung am 30. November und in der 15. Sitzung am 15. Februar über den Antrag.

In der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie legte Minister Machnig bereits dar, dass der Meinungsbildungsprozess der Landesregierung noch nicht abgeschlossen sei. Nach seiner Einschätzung hätte die Novelle des Atomgesetzes der Zustimmung des Bundesrates bedurft.

In der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie trug der Staatssekretär Staschewski vor, dass bezüglich einer Laufzeitverlängerung unterschiedliche Auffassungen bestünden. Zudem habe sich die Landesregierung im Bundesrat bemüht, einen Vermittlungsausschuss mit dem Ziel einzuberufen, eine angemessene Beteiligung der Länder an den Einnahmen des Bundes aus der Kernbrennstoffsteuer zu erreichen.

In der 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie am 15. Februar 2011 beschloss der Ausschuss, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Eine Beratung in dem mitberatenden Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und

Naturschutz gemäß § 81 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags fand nicht statt. Mit Datum vom 13.04.2011 legte die Fraktion DIE LINKE mit der Drucksache 5/2557 einen Entschließungsantrag vor, welcher am 14.04.2011 in der 52. Sitzung des Thüringer Landtags beraten und erneut an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen wurde. Dieser Entschließungsantrag sah vor, die Landesregierung aufzufordern, eine Initiative im Bundesrat zu ergreifen, um einen sofortigen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie zu gewährleisten. Am 10.05. beriet der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit in der 19. Sitzung den Antrag und es wurde der ursprüngliche Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/1414 für erledigt erklärt. Hinsichtlich des Entschließungsantrags kam der Ausschuss überein, zunächst abzuwarten, bis das Ergebnis der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ vorliegt. In der 20. Sitzung am 7. Juni 2011 und in der 21. Sitzung am 28. Juni 2011 wurde der Antrag erneut beraten und eine Beschlussempfehlung mit der Drucksachenummer 5/2984 gefasst. Gemäß Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit wurde empfohlen, den Antrag abzulehnen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank, Herr Adams. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Manfred Hellmann.

**Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Frank Weber, ich gebe zu, ich bin kein Riese von Wuchs, aber deine Eitelkeit hat doch bemerkenswerte Höhenflüge erreicht, als du behauptet hast, du wärst der Einzige. Vielleicht können wir uns zu dem Thema noch einmal irgendwann verständigen.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Entschließungsantrag in Drucksache 5/2557 resultiert eigentlich aus dem Antrag in Drucksache 5/1414 vom September 2010 mit der Überschrift „Atomausstieg beibehalten, keine Laufzeitverlängerung zulassen und Wende in der Energiepolitik einleiten“. Ich nehme an, Sie haben dem Bericht von Herrn Adams entnommen, welche große Litanei sich bis jetzt hinter diesen ganzen Vorgängen verbirgt. Wir haben also nach Fukushima diesen Entschließungsantrag formuliert, weil Teil 1 sich eigentlich überholt hatte. Das war im April und heute befinden wir das dritte Mal im Wesentlichen über den oder die Anträge. Das Bizarre an der ganzen Angelegenheit ist - und